

# London dreht Geldhähne auf: Hyperinflation soll Giftmüll vernichten!

Nächstes Internetforum  
mit Lyndon LaRouche:  
21.03.2009, 18 Uhr  
[www.bueso.de](http://www.bueso.de)

Von Helga Zepp-LaRouche, Bundesvorsitzende der Bürgerrechtsbewegung Solidarität

Daß ausgerechnet die City of London so naiv sein sollte, nicht zu wissen, was die Wirkung von Gelddrucken ist, darf ausgeschlossen werden. Wenn jetzt die Bank von England die Zinsen auf 0,5% gesenkt und zusätzlich von der britischen Regierung die Erlaubnis erhalten hat, 150 Milliarden Pfund Sterling frisches Geld zu drucken, dann läßt dies nur eine Erklärung zu: Dahinter steht eine bewußte Politik der Geldentwertung aus der Erkenntnis heraus, daß das gegenwärtige Weltfinanzsystem hoffnungslos bankrott ist. Anstatt die wertlosen Papiere - den sogenannten „Giftmüll“ - der Investoren, die sich beim Spekulieren in der Blasenwirtschaft verzockt haben, abzuschreiben, wird mit der Politik des „quantitative easing“ die virtuelle Druckerpresse angeworfen, was nur zu einer Hyperinflation wie in Deutschland 1923 führen kann - aber diesmal weltweit.

Mehrere Kommentatoren britischer Zeitungen schreiben ganz offen, daß eine so massive Geldschöpfung zu wahren Flutwellen der Inflation führen wird und sogar zu einer Hyperinflation im Stile Simbabwe (*Daily Telegraph*) führen kann. Simbabwe hatte bis vor kurzem eine Inflationsrate von 11,3 Millionen Prozent. Da auch schon die USA und Japan Zinsraten nahe dem Nullpunkt haben, geht die Entscheidung der EZB, deren angebliche Existenzberechtigung die Stabilität des Euros ist, ebenfalls diesem Trend zu folgen und die Zinsrate auf das historische Rekordtief von 1,5 % zu senken, in die gleiche Richtung.

**Dabei ist allen Verantwortlichen klar, daß die Wirkung die gleiche sein wird wie jene, die durch das Gelddrucken der Reichsbank 1923 ausgelöst wurde: Die Hyperinflation vernichtet die Ersparnisse und die Kaufkraft der Bevölkerung, während die Finanzoligarchie die Sachwerte aller Art, vor allem Rohstoff- und Energievorkommen, sowie Produktionskapazitäten unter ihre Kontrolle bringt, um ein künftiges System zu dominieren. Genau dies ist auch das Motiv des eindeutigen Versuchs des Britischen Empire, Afrika neu zu kolonialisieren.**

Bundesfinanzminister Steinbrück hat im Bundestag vor „weiteren Schockwellen auf dem Finanzmarkt“ gewarnt und bedient sich damit interessanterweise der Terminologie Lyndon LaRouches, der bereits 1995 mit der sogenannten „Tripel-Kurve“ und dann 2005 vor der schockwellenartigen Ausbreitung der Hyperinflation gewarnt hat. Solche von Physikern als Stoßwellen bezeichnete Phänomene treten z.B. auf, wenn Flugzeuge die Schallmauer durchbrechen. Im Finanzsystem droht es dann zu einer unkontrollierbaren, sich selbst sehr schnell beschleunigenden hyperinflationären Explosion zu kommen.

Auch bei der Hyperinflation von 1923 war der eigentliche inflationäre Prozeß praktisch schon im Gang, nachdem das Diktat des Versailler Prozesses akzeptiert war. Sichtbar

wurde die Hyperinflation aber erst, nachdem es nach der Besetzung des Ruhrgebiets durch die Franzosen zum Streik kam. Dann aber ging es rasend schnell, vom Frühjahr 1923 bis zum November explodierte die Hyperinflation, bis die Menschen am Ende schließlich die Milliarden- und Billionen-Geldscheine in Schubkarren rennend zum Bäcker fuhren, weil sie Stunden später bereits weniger wert waren. Genau an diese Parallele erinnerte ein Cartoon des *Independent* vom 6. März, in dem ein entnervter Gordon Brown eine Schubkarre mit Toilettenpapierrollen von Pfund-Sterling-Noten zu einer Außentoilette befördert, mit dem Untertitel, daß er sich dort wohl eine Weile aufhalten werde.

Obwohl die Regierungen und Zentralbanken seit nunmehr über 19 Monaten (!), nämlich seit dem Ausbruch der Systemkrise Ende Juli 2007, weltweit einige Dutzend Billionen (!) Dollar, Pfund, Yen und Euro für Rettungspakete, Konjunkturprogramme und Liquiditätsspritzen ausgegeben haben, wurde außer Banken, Hedgefonds und Beteiligungsgesellschaften bisher wenig gerettet. Der Kollaps der Realwirtschaft dagegen eskaliert weltweit in immer schnellerem Tempo. So schrumpfte z.B. der japanische Export im Januar gegenüber dem Vorjahr um 45,7 % (!), und im gleichen Zeitraum ging die japanische Autoproduktion um 41% (!) zurück. Aber die Lage in Deutschland ist nicht besser. Laut *Daily Telegraph* fielen die Exportaufträge für den deutschen Maschinenbau im Januar um 47% (!).

**BüSo** Bürgerrechtsbewegung Solidarität

KONTAKT LINKS RSS SUCHEN

NACHRICHTEN PROGRAMM MULTIMEDIA PUBLIKATIONEN MITGLIED WERDEN

**DIE VERPASSTE CHANCE VON 1989**

**BRAND MAUER**  
Verteidigung des Nationalstaats

**WIR FORDERN EINE PEGORA-KOMMISSION!**  
WIEVIELE MADOFFS UND ZUMWINKELS GIBT ES EIGENTLICH?  
DER AMERIKANISCHE STAATSANWALT FERDINAND PECORA BRACHTÉ DIE VERGEHEN UND VERBRECHEN VOM CRASH VON 1929 ANS LICHT. SO WAS BRAUCHEN WIR HEUTE!  
**UNTERZEICHNEN AUCH SIE!**

**Helfen Sie uns durch Ihre Spende**

**POLITISCHER ÜBERBLICK UM 7**  
Täglich online ab 19 Uhr

**Englische Videos von PACTV**

**Bad News für Zocker statt Bad Bank!**  
Keinen weiteren Cent für die Pleitebanken und die Spekulanten, die sich

Unsere Videos YouTube

**www.bueso.de - 2009 BüSo wählen!**

Helfen Sie mit! Wiederaufbau wie nach dem Zweiten Weltkrieg nichts im Wege mehr. Haftbefehl gegen Sudans

Es ist offensichtlich, daß die Politiker immer noch nicht begriffen haben, daß sich die Weltwirtschaft weder in einer Rezession noch einer Depression, sondern in einer Zusammenbruchskrise der Kasinowirtschaft befindet, die solange weiter gehen wird, bis das jetzige, völlig bankrotte Finanzsystem durch ein neues Bretton-Woods-System ersetzt wird. Ganz falsch ist es, wenn Bundeskanzlerin Merkel meint, daß Opel nicht mit Staatsgeldern unterstützt werden müsse, weil die produzierende Industrie im Unterschied zu den Finanzdienstleistern keine systemische Bedeutung habe. An Opel hängen europaweit rund 400.000 Arbeitsplätze. Wenn die Werke in Rüsselsheim, Bochum, Eisenach und Kaiserslautern geschlossen würden, gingen nicht nur die Zulieferer bankrott, diese Städte würden sich in Geisterstädte wie Detroit verwandeln, in denen auch die Bäcker und Friseure ihre Existenzgrundlagen verlieren würden.

Laut Bild-Zeitung hörte der Chef der CSU-Landesgruppe in Berlin, Dr. Peter Ramsauer, den Begriff „systemisch“ zum ersten Mal von Angela Merkel, was angesichts der Dauer der seit 19 Monaten eskalierenden Systemkrise schon unglaublich genug ist. Aber auch die Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium, Dagmar Wöhrl, wies beim Jahresempfang des Bundesverbandes der Mittelständischen Wirtschaft die Analyse, daß es sich um eine Systemkrise handele, als bloße Gehässigkeit von sich. Gleichzeitig betonte sie gegenüber dem *FOCUS*, sie sehe für Opel kaum mehr Rettungschancen. Dabei geht es laut Opel-Aufsichtsratschef Carl-Peter Forster lediglich um zwei Milliarden Euro an direkten Staatshilfen! Man vergleiche das einmal mit den bereits gewährten 102 Milliarden an Steuermitteln für die Hypo Real Estate, die offensichtlich nach ihrer Trennung von der jetzt zur italienischen UniCredit gehörenden HypoVereinsbank von Anfang an eine „Bad Bank“ war. Und für die HRE sollen laut *FAZ* weitere 20 Milliarden Euro an Staatsgarantien nötig werden!

**Was jetzt mit erschreckender Klarheit zutage tritt, ist die realwirtschaftliche Inkompetenz der Politiker, die jahrzehntelang die Weichen in Richtung Kasinowirtschaft und ungezügelmten Freiraum für die „kreativen Finanzinstrumente“ gestellt haben, und die jetzt zu dem Chor derer gehören, die unisono singen: „Niemand hat diese Krise vorhersehen können“, was angesichts der jahrzehntelangen Warnungen Lyndon LaRouches und der BüSo eine eklatante Unwahrheit ist.**

Tatsache ist, daß Opel und die Gesamtwirtschaft nur im Rahmen eines neuen Weltfinanz- und Wirtschaftssystems gerettet werden können. Da der Automarkt weltweit total übersättigt ist, umgekehrt aber die industriellen Kapazitäten des Autosektors vom Standpunkt des Werkzeugmaschinenbaus mit zu den produktivsten Produktionsvermögen überhaupt gehören, braucht Opel ebenso wie GM eine neue Geschäftsperspek-

tive. Genau dies hat Lyndon LaRouche bereits am 2. April 2005 in einem Memorandum an den amerikanischen Kongreß vorgeschlagen, in dem er die Rekonversion eines Teils der Autoindustrie für den Bau von diversen Infrastrukturprojekten vorgeschlagen hat.

Da die Zeit offensichtlich drängt, weil sowohl GM als auch Opel bereits Insolvenzexper-

ten konsultieren, sollte Bundeswirtschaftsminister Guttenberg genau diese Perspektive auf die Tagesordnung setzen, wenn er Mitte März in die USA fährt, um über das Schicksal von Opel zu verhandeln. Auch die Frage der Eigentumsrechte an Opel-Patenten, die inzwischen bei der US-Regierung verpfändet sind, kann ohne Schaden für die Realwirtschaft nur im Rahmen eines Neuen Bret-

ton-Woods-Systems gelöst werden. Glücklicherweise ist die Diskussion in den USA um die Notwendigkeit eines ordentlichen Insolvenzverfahrens für das Bankensystem und die Abtrennung der staatlichen Anschubfinanzierung von der Refinanzierung der Investmentbanken wesentlich weiter fortgeschritten als in Deutschland.

## Jetzt Insolvenzverfahren für das gesamte Finanzsystem

Im dramatischen Gegensatz zu den PR-Prognosen von Professor Unsinn und Co., daß die Krise schon bald vorbei sei, sind die nächsten Phasen der Zusammenbruchskrise bereits deutlich erkennbar. Dazu gehören massive Einbrüche im Versicherungssektor weltweit, der natürlich von den Pleiten betroffen ist. So warnte der demokratische Abgeordnete Kanjorski soeben vor den Auswirkungen einer möglichen Pleite des Versicherungsgiganten AIG, den die US-Regierung bereits mit 180 Milliarden (!) Dollar unterstützt hat, und der jetzt mit 60 Milliarden den größten Quartalsverlust in der Wirtschaftsgeschichte (!) eingefahren hat, auf Europa. Denn viele deutsche Kommunen und Firmen haben in der Vergangenheit in sogenannten „Cross-Border-Leasing-Verträgen“ im großen Stil Infrastrukturprojekte wie Müllverbrennungsanlagen, Straßenbahnen, Kläranlagen etc. an US-Treuhandgesellschaften verkauft, die diese Objekte dann an die Kommunen zurückvermieteten. In vielen Fällen fungierte dabei die AIG als Garantiegeber.

Ein weiterer Aspekt der Zusammenbruchskrise ist der immer deutlicher werdende Zah-

lungsausfall von Staaten wie Österreich, das wegen seiner enormen Kredite an osteuropäische Staaten im Umfang von 71% des österreichischen BIP in Bedrängnis gekommen ist, aber auch Griechenland, Spanien, Irland und Italien. Da aber innerhalb der Eurozone eigentlich nur Deutschland, Holland und Finnland noch in der Lage sind, mit ihren Überschüs-

sen die Defizite dieser Länder zu finanzieren, käme auf die deutschen Steuerzahler diese weitere Belastung zu.

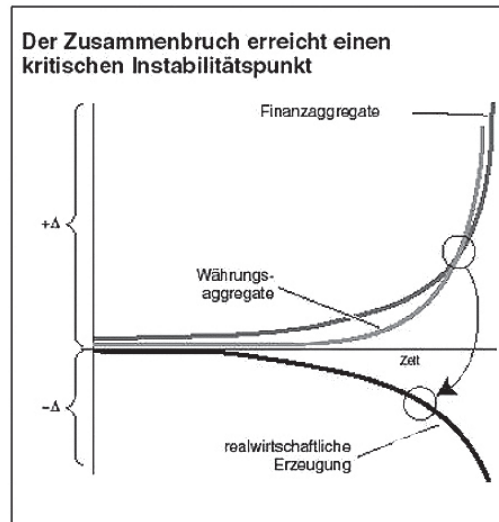
Aber nicht nur Europa befindet sich in der Abwärtsspirale. In China, dessen Einbrüche in der Exportindustrie bereits schätzungsweise 40 Millionen (!) Arbeitsplätze gekostet haben, warnt jetzt die Regierung vor den gravierenden Folgen für die Bevölkerung: es drohen Hunger und damit soziale Unruhen. Aber auch Afrika ist mas-

siv durch den derzeitigen Rückgang bei den Rohstoffpreisen betroffen. Niemand sollte Illusionen darüber haben, daß eine Eskalation der Zusammenbruchskrise das Leben von Millionen, wenn nicht Milliarden Menschen zu kosten droht.

**Die Fronten könnten nicht deutlicher gezogen sein: Auf der einen Seite stehen die Finanzinteressen, die bisher vom System der Globalisierung (sprich: Britisches Empire) profitiert haben, und die um jeden Preis, auch um den der Hyperinflation, den Anspruch auf ihre Finanztitel aufrecht erhalten wollen. Auf der anderen Seite steht das Interesse der Weltbevölkerung von etwa sechseinhalb Milliarden Menschen, für deren Überleben die Industriekapazitäten der Realwirtschaft „systemisch“ sind, nicht aber der Giftmüll der Investoren, die sich verzockt haben.**

Deshalb hat der sudanesischer Präsident Al-Baschir absolut recht, wenn er sagt, daß das Britische Empire hinter der Destabilisierungskampagne des ICCs gegen den Sudan steht. Denn es geht - auch - um die Ölvorkommen im Süden des Sudans. Und es geht um die Entwicklung oder Rekolonisierung Afrikas.

Je schneller die Bürger begreifen, daß die „systemische Gefahr“ nicht in einem Insolvenzverfahren für die Banken liegt, sondern in einem Kollaps der Realwirtschaft und der Hyperinflation, desto schneller kann der Druck erzeugt werden, der die Politiker entweder ermutigt, einen Schnellkurs in physischer Ökonomie zu absolvieren, oder ihnen bei den kommenden Wahlen die Rechnung für ihre Belehrungsresistenz serviert.



**LaRouches berühmte Dreifach-Kurve zeigt, warum das Finanzsystem zusammenbrechen muß.**

# Die Autoindustrie in der neuen Weltwirtschaftsordnung

Von Rainer Apel

*„Umrüsten statt Abbauen“ war das Motto, unter dem die BüSo 2005 auf den Ausbruch der akuten Krise der Autoindustrie reagierte. Der Ansatz, das Gehirn der Industrie auf die Produktion nützlicher und dringend gebrauchter Industriegüter umzurüsten, ist heute aktueller denn je.*

Soweit, daß am 26. Februar Automobilarbeiter bei Opel und anderen Europatöchtern von General Motors für den Erhalt der Firma und ihrer Arbeitsplätze demonstrieren mußten, hätte es nicht kommen müssen: schon 2005 hat die BüSo den Vorschlag, den Lyndon LaRouche für eine Umstellung der Produktion bei General Motors machte, aufgegriffen und der deutschen Automobilbranche - Managern wie Betriebsräten - auf den Tisch gelegt. Im Frühjahr 2005 war das Konversionsthema ein zentraler Punkt im Landtagswahlkampfinsatz der BüSo in Nordrhein-Westfalen gewesen.

In den USA wurde der Vorschlag damals von Investment-Haien wie Felix Rohatyn sabotiert, denselben Leuten also, die erst den Automobilsektor gewinnbringend für sich ausschachteten, heute nach Staatshilfe für die von ihnen ruinierten Banken rufen, General Motors einfach abmelden und die Folgekosten dem Steuerzahler aufbürden wollen. Das darf nicht passieren, und deshalb wurde am 26. Februar mit Flugblättern von der BüSo in Rüsselsheim und von der schwedischen Schwesterpartei EAP in Trollhättan (Standort von Saab) der Vorschlag für eine Konversion der Autoherstellung erneut verbreitet.

Die Krise bedroht allein bei Opel und seinen Zulieferern insgesamt 110.000 Arbeitsplätze, ist aber auch eine Chance für einen Neubeginn in der Industriepolitik, wenn diese sich befreien kann aus dem Zwangskorsett des Globalismus. Produziert werden muß in Zukunft für das Vorankommen vor allem der bisher unterentwickelten Teile der Welt, und das Geld dafür ist durchaus da, wenn der Steuerzahler (der ja immer auch Arbeitnehmer ist) nicht die weit überzogenen, unberechtigten Schuldenforderungen der Heuschreckenfonds bedient. Es muß jetzt ein Schlußstrich gegen den weiteren Einfluß der FinanzspekulantInnen auf die Geschäftspolitik der Autobranche gesetzt werden.

Geschieht das nicht, droht zahlreichen Autoproduktionsstandorten das Aus, weil die Spekulanten eigene „Verschlankungspläne“ verfolgen, denen zufolge weltweit nur noch fünf oder sechs große Autoproduzenten nach dem großen „Aussieben“ übrigbleiben sollen, davon dann nur noch einer in Deutschland. Man muß den Arbeitern, die

heute demonstrieren, darüber reinen Wein einschenken und nicht, wie es leider die Politiker und Manager mehrheitlich bisher tun, von angeblichen „Kompromissen“ reden, die wie im Falle GM letztendlich zum Totalbankrott führen werden.

## Verkehrssysteme im 21. Jh.

Die Automobilindustrie als eine der führenden Anwendungsbranchen des Maschinenbaus besitzt das Potential, den Übergang in ein Verkehrssystem, das dem 21. Jahrhundert wirklich angemessen ist, zu schaffen. Der wachsende Verkehr in den städtischen Ballungszentren stellt Herausforderungen, die längst nicht mehr mit dem Individualverkehr zu bewältigen sind. Gebraucht

bau an seine Grenzen. Ohnehin setzen die bekannten Reservenvorkommen an Erdöl enge Grenzen für eine fortgesetzte Anwendung der Treibstofftechnik auf Benzin- und Dieselmotoren im Rahmen der Weltautoproduktion.

Die direkte Fertigung von Automobilen wird sich außerdem zunehmend auch in Ländern entwickeln, die bisher Autos aus Deutschland und Europa importierten, so daß die Zahl der Konkurrenten auf dem Weltmarkt für die klassische Produktion in den bisherigen Exportländern wachsen wird. Was aber soll die deutsche Autoindustrie herstellen, wenn nicht Autos wie im bisherigen Umfang, und wie kann die Beschäftigung in diesem Bereich gesichert und eines Tages sogar wieder ausgebaut werden?

Die Zukunft gehört Systemen auf Magnetantriebsbasis, die nach Umrüstung eines großen Teils der Automobilbranche gefertigt werden können. So können viele produktive Arbeitsplätze bei Opel und anderen Firmen des Automobilsektors erhalten und mit einer zukunftsorientierten Aufgabe versehen werden. Auch werden für eine wirkliche Weltentwicklungspolitik, die an die Stelle der Globalisierung treten wird, riesige Mengen von LKWs, Baufahrzeugen, Landmaschinen und Traktoren gebraucht, deren erste Generation in den bisherigen Produktionsländern des Automobilbaus hergestellt werden kann, bis eine stabile Fertigung vor Ort in den Ländern des Entwicklungssektors errichtet ist.

Für die Fertigung einer solchen Vielfalt von Fahrzeugmodellen stellt der deutsche Maschinenbau die beste Grundlage dar, und Opel hat in seiner Firmengeschichte schon die verschiedensten Arten von Fahrzeugen hergestellt. Das Firmenzeichen könnte daher künftig auch auf Magnetzügen, Traktoren und Erntemaschinen angebracht sein. Damit das möglich wird, müssen sich jedoch die Geschäftspolitik bei Opel und die entwicklungspolitische Strategie der Bundesregierung ändern, so daß ein verlässlicher Rahmen für die Umstellung der Fertigung geschaffen wird.

Die Umrüstungsaufeine zukunftsorientierte Produktion, wie sie sich jetzt mitten in der tiefsten Krise für den Automobilsektor anbietet, kann Modellcharakter bekommen für andere gefährdete klassische Industriezweige!



**BüSo-Plakat zur Hessenwahl, 2009**

werden öffentliche, dicht vernetzte Verkehrssysteme, die rund um die Uhr große Volumen von Passagieren und Gütern transportieren können, ohne daß die Lebensumwelt durch Smog und Lärm belastet wird. Auch für den Verkehr über große Entfernungen, zumal im Güterverkehr, stößt die bisherige Priorität für die Kombination von LKWs und Straßen-

# Der Finanzkollaps muß untersucht werden!

Von Stefan Tolksdorf, LaRouche-Jugendbewegung

**E**gal ob nach einem Brand, einem Auto-unfall oder sonstigen Vorfällen: wichtig ist, daß untersucht wird, was vorgefallen ist, wer verantwortlich ist. Im Falle des krachenden Finanzsystems sollte das allemal gelten, gerade weil es ständig heißt, niemand habe gewußt oder wissen können, wie es zu dieser Krise kommen konnte. Stimmt das wirklich?

Josef Ackermann forderte doch bereits 2003 eine „bad bank“, um nicht mehr verkäufliche Wertpapiere aufzukaufen und damit den anderen Banken abzunehmen. Gleichzeitig versicherte Ackermann auf seine stets gut gelaunte Art, alles sei in bester Ordnung.

Im Januar diesen Jahres erklärte der Chef des UN Büros für Drogenkontrolle und Verbrechensverhütung, Antonio Maria Costa, daß in der zweiten Hälfte 2008 liquides Investitionskapital das größte Problem im Bankensystem war. Ein Großteil der verfügbaren Liquidität stammte aus Drogengeldern und Geldflüssen des organisierten Verbrechens. Sollte das nicht untersucht werden?

Diejenigen Banken, die bisher Hunderte von Milliarden an Garantien oder Finanzspritzen erhielten, waren trotzdem scheinbar nicht willens oder nicht in der Lage, dringend benötigten Kredit an den Mittelstand und andere Unternehmen zu geben. Was ist also mit all dem Geld passiert? Sollte man sich die Bücher dieser Banken nicht einmal ansehen, bevor man weitere Steuergelder in dieses bodenlose Faß wirft, während schon von Inflation und der Möglichkeit des Staatsbankrottes geredet wird?

Kein vernünftiger Arzt verschreibt seinem Patienten eine Behandlung, ohne gründliche Diagnose der Krankheit. Ohne die Feststellung der Gründe für den fortschreitenden Finanzkollaps können auch keine wirkungs-

vollen Mittel zum Schutz der Banken und der Bevölkerung ergriffen werden: eine Untersuchungskommission des Bundestages ist absolut notwendig.

## Franklin Roosevelts Präzedenzfall

**E**in Vorbild für eine solche Untersuchungskommission gibt es. 1932/33 untersuchte der Bankenausschuß des US-Senats die Gründe für den Börsenkrach von 1929. Die Anhörungen fanden unter der Führung des energiegelassen Bezirksstaatsanwalts Ferdinand Pecora statt, der eine ganze Reihe von Wall Street Größen unter Eid aussagen ließ. 171 Kisten mit Material und über 12.000 Seiten aufgezeichneter Zeugenaussagen wurden damals produziert, und einige hohe Tiere wanderten für ihre Straftaten ins Gefängnis. Vor allem jedoch zog Pecora die Verantwortlichen aus dem Dunkel ans Licht der Öffentlichkeit und schuf damit

in der Bevölkerung die Unterstützung für die Einführung von umfassenden Regulierungen und die Schaffung der Bankenaufsichtsbehörde SEC. Die wichtigen lokalen und nationalen Geschäftsbanken mußten von den Investmentbanken getrennt und vor den Auswirkungen verantwortungsloser Spekulation geschützt werden. Nach den Banken-

feiertagen waren das die wichtigsten Schritte zur Reorganisation und Stabilisierung des Bankwesens in den USA.

Der politische Präzedenzfall existiert also durchaus. Was jedoch fehlt, ist der politische Wille, um eine solche Untersuchungskommission zu bilden. Die Tatsache, daß die Förderung der True Sale International (TSI), die eigens für den Einstieg Deutschlands in den internationalen Verbriefungsmarkt geschaffen wurde, 2005 in den Koalitionsvertrag der Großen Koalition aufgenommen wurde, dämpft natürlich die Hoffnung, daß die Regierung freiwillig zugibt, daß sie damit einen gigantischen Fehler gemacht hat. Der sich rasch weiter entwickelnde Wirtschafts- und Finanzkollaps wird mit Sicherheit das seinige tun, um die Forderung nach potenter Intervention von seiten der Staatsführung laut werden zu lassen. Doch darauf können wir nicht warten: *jetzt muß*

gehandelt werden!



Ferdinand Pecora, 1933

**Wir fordern daher *jetzt* eine Untersuchungskommission des deutschen Bundestages nach dem Vorbild der Pecora-Kommission. Unterstützen Sie unseren Aufruf! Es muß Druck hinter dieser Forderung stehen - ein brennender Kittel hat schon so manchen weit mehr überzeugt, sich zu bewegen, als tausend gute Argumente!**

## Rufen Sie uns an:

**Bundesgeschäftsstelle:** 06131 - 237 384  
**Baden-Württemberg:** 0711 - 677 3726  
**Bayern:** 089 - 725 4011  
**Berlin:** 030 - 802 3405  
**Hamburg:** 040 - 182 00 658  
**Hessen:** 0611 - 716 9744  
**Niedersachsen:** 0176 - 6329 1447  
**NRW:** 0201 - 361 9753  
**Sachsen:** 0351 - 427 8140

**BüSo**  
[www.bueso.de](http://www.bueso.de)

## Ich unterstütze den obigen Aufruf mit meiner Unterschrift

Vorname, Name   
Titel, Amt, Organisation   
Straße, Hausnr.   
PLZ, Ort  Telefon   
Datum, Unterschrift

### Senden Sie diesen Coupon an: BüSo, Postfach 22 11 28, 55050 Mainz

- Ja, ich will Mitglied der BüSo werden. Bitte schicken Sie mir Unterlagen.
- Ich möchte selbst in der Kampagne der BüSo aktiv werden: Schicken Sie mir  aktuelle Flugblätter und/oder  Exemplare dieser Broschüre zum Verteilen.
- Ja, ich will die Arbeit der BüSo durch Spenden unterstützen:  
*BüSo, Postbank Ludwigshafen, BLZ: 545 100 67, Kto.: 166 027 676*
- Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung **Neue Solidarität** vier Wochen lang kostenlos zum Kennenlernen.